



Antrag der Jungen Union Reinickendorf zum Landesausschuss der Jungen Union Berlin am 28. März 2014

Gesunde Kinder - gesunde Stadt

Als eine der wenigen deutschen Regionen verzeichnet Berlin seit Jahren erfreulicherweise einen steten Bevölkerungszuwachs. Zum einen ziehen immer mehr Menschen - vor allem zum Arbeiten und Studieren - in unsere Stadt, zum anderen liegt die Geburtenrate deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Letzteres bringt, nicht zuletzt angesichts der angespannten Finanzsituation des Landes Berlin, sehr große Herausforderungen für den gesundheitlichen Kinderschutz mit sich. Um zu erreichen, dass möglichst viele Kinder gesund aufwachsen können, müssen die zuständigen Institutionen im Land und in den Bezirken - im Rahmen ihrer Möglichkeiten - dafür Sorge tragen, dass eine gesundheitliche Grundversorgung gewährleistet und bedarfsgerecht ausgebaut wird. Mit den bereits bestehenden Maßnahmen (wie z.B. umfangreichen Informationskampagnen für Eltern oder der Einsetzung eines Beauftragten für gesundheitlichen Kinderschutz) wurden bereits wichtige Schritte hierzu unternommen. Jedoch gibt es an einigen Stellen noch Handlungsbedarf.

Eine der Kernaufgaben des gesundheitlichen Kinderschutzes besteht darin, Kinder und Jugendliche vor sexueller Gewalt zu schützen, welche vom Anfertigen von pornographischen Bildern, bis hin zu schwerem sexuellen Missbrauch reicht. Um diesem Schutzauftrag gerecht zu werden, wurde im Sommer 2012 unter Federführung der Gesundheitsverwaltung das „**Berliner Netzwerk gegen sexuelle Gewalt**“ eingerichtet. Dieses bundesweit bislang einmalige Modellprojekt (unter Schirmherrschaft der früheren Bundestagspräsidentin Dr. Rita Süßmuth) ist ein interdisziplinäres, ressort- und institutionenübergreifendes Bündnis unterschiedlichster Akteure, die im Themenfeld der sexualisierten Gewalt tätig sind. Die Hauptziele des Netzwerks bestehen darin, im Land Berlin den Schutz von betroffenen Menschen jeden Alters und Geschlechts – sowohl was die Prävention, als auch was die Intervention sexueller Gewalt betrifft – zu verbessern und ihre gesundheitliche und psychosoziale Versorgung zu gewährleisten. Daneben soll die Kooperation aller Mitglieder des Netzwerks den Abbau von Doppelstrukturen ermöglichen, so dass Arbeitsressourcen in diesem Bereich eingespart oder effizienter eingesetzt werden können. Im Laufe des letzten Jahres wurde von allen Beteiligten ein Maßnahmenkatalog erarbeitet, welcher eine Bestands- und Bedarfsanalyse zum Themenkomplex „Sexuelle Gewalt“ enthält und möglichst noch in diesem Jahr dem Senat zur Entscheidung vorgelegt werden soll. Wenn dieser Schritt vollzogen ist, können die beschlossenen Maßnahmen umgesetzt werden. Leider fehlt es dem Berliner Netzwerk bislang an einer dringend benötigten zentralen Koordinierungsstelle. Hier gilt es, schnellstmöglich Abhilfe zu schaffen und eine solche in der Gesundheitsverwaltung (als federführender Stelle) einzurichten. Erst wenn dies erfolgt ist, kann das Land Berlin auch weiterhin seiner bundesweiten Vorreiterrolle bei dieser Thematik gerecht werden.

Daher fordern wir:

Die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für das „Berliner Netzwerk gegen sexuelle Gewalt“ in der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales mit entsprechender personeller und finanzieller Ausstattung.